

# Politradar Wasser 44

Eawag und Wasser-Agenda 21 haben für Sie eine Auswahl von wasserpolitisch relevanten Informationen der vergangenen Monate zusammengestellt. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir wünschen eine spannende Lektüre!

## [Bisherige Ausgaben des Politradars](#)

Für Hinweise oder Rückfragen wenden Sie sich bitte an [info@eawag.ch](mailto:info@eawag.ch).

---

## Bundesrat und Verwaltung

- 19.02.2025      Der Bundesrat nimmt Stellung zur Ip. [24.4510](#) Florence Brenzikofer (GPS/BL): PFAS und TFA treten flächendeckend im Grundwasser auf. Wann werden die Höchstwerte angepasst?
- 26.02.2025      Der Bundesrat beantwortet Ip. [24.4569](#) von Aline Trede (GPS/BE), ob der Aktionsplan Pflanzenschutzmittel tatsächlich auf Kurs sei. Das Ziel des (neuen) Indikators der Halbierung der Grenzwertüberschreitungen (gemäss GschV) sei "voraussichtlich schwieriger zu erreichen" schreibt der BR, plant aber keine weiteren Massnahmen, da "einige wichtige Massnahmen erst seit 2023 in Kraft" seien und "ihre volle Wirkung noch nicht entfalten" konnten.
- 26.02.2025      Der Bundesrat nimmt ablehnend Stellung zur Motion von Olivier Feller (FDP/VD) [24.4375](#), die höhere Hürden für Parallelimporte von Pestiziden verlangt.
- 07.03.2025      Das BLW publiziert im Zusammenhang mit der [AP 2030+](#) die FiBL Studie zu den versteckten Kosten der Schweizer Landwirtschaft. Viele Inhalte sind sehr relevant für die Wasserressourcen und deren Schutz.
- 20.03.2025      Die Vernehmlassung zum Verordnungspaket Umwelt Herbst 2025 läuft aus. Der Verband der Betreiber Schweizerischer Abfallverwertungsanlagen (VBSA) weist die [Änderung der Abfallverordnung VVEA](#) zurück, da bezüglich P-Rückgewinnung zu viel unklar sei, insbesondere, wer für die Kosten aufkommen soll. Der

Wasserwirtschaftsverband SWV begrüsst dagegen, dass das Bundesinventar der Auengebiete keine Änderungen erfährt; so werde beim Ausbau der Wasserkraft das Konfliktpotenzial verringert: [Stellungnahme SWV](#)

14.04.2025

Das [UVEK startet Vernehmlassung zur Revision von Verordnungen im Energiebereich](#): Zwischenziele für den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion in der Schweiz bis 2030. Wasserkraft:

-Sanierungskosten bei den Grenzwasserkraftanlagen: Der BR will in der Energieverordnung präzisieren, dass bei diesen Anlagen der Kostenanteil, der den schweizerischen Hoheitsanteil übersteigt, nicht erstattet wird.

-Anrechenbare Kosten bei Investitionsbeiträgen für Wasserkraftprojekte: Projekte mit sehr hohen Investitionskosten im Verhältnis zur Mehrproduktion sollen weiterhin gefördert werden. Neu werden aber maximal anrechenbare Kosten für die Förderung mit einem Investitionsbeitrag festgelegt.

08.05.2025

Der Bund (BAFU, MeteoSchweiz und swisstopo) lanciert ein [neues Früherkennungs- und Warnsystem für Trockenheit](#) für die ganze Schweiz: systematische Beobachtung und Vorhersage der Trockenheitssituation, abrufbar in der "Nationalen Trockenheitsplattform".

---

### Parlament (NR = Nationalrat, SR = Ständerat)

04.03.2025

Debatte zum Beschleunigungserlass ([23.051](#)) im NR, 11.3. im SR: Der Beschleunigungserlass zum Ausbau von einheimischer Wasser-, Solar- und Windkraft kann nicht wie geplant in der Frühjahrssession zu Ende beraten werden. Wegen gewichtiger Differenzen hat die zuständige Ständeratskommission entschieden, das Geschäft noch einmal vertieft zu prüfen. Die Hürde heisst, den Ausbau von erneuerbaren Energien rasch voranzutreiben, ohne den Umweltschutz zu stark einzuschränken. Entgegen den Zusagen in der Abstimmung zum Energiegesetz will das Parlament das Verbandsbeschwerderecht bei den 16 Wasserkraftprojekten beschränken und verlangt eine "Flexibilisierung" von bisher verbindlichen Aufwertungs- und Ersatzmassnahmen.

Vgl. auch SRF-Beitrag: [Verbandsbeschwerderecht bei Wasserkraft unter Druck](#): Strombranche möchte eine Grundsatzdebatte über Verbandsbeschwerderecht vermeiden (z.B. BKW, Grimsel-Stausee).

Am 2.5. beantragt die [UREK-S](#), dass das Verbandsbeschwerderecht für die 16 im Stromversorgungsgesetz gelisteten Wasserkraftprojekte aufgehoben wird und dass Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen auch mit finanziellen Abgeltungen geregelt werden können.

- 11.03.2025 Der SR nimmt die Motion [24.4317](#) "Fische. Damit unsere Flüsse, Seen und Teiche lebendig bleiben" von Céline Vara (GPS/NE) an. Der BR wird beauftragt, einen Entwurf für einen Erlass der Bundesversammlung vorzulegen oder Massnahmen zu ergreifen, um einen "Aktionsplan Fische" nach dem Vorbild des "Aktionsplans Flusskrebse Schweiz" einzuführen.
- 11.03.2025 Im NR wird die Antwort des BR zur Ip. [24.4056](#) von Tiana Moser (GLP/ZH) diskutiert: "Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien wie PFAS. Nächste Schritte". Aufschlussreiche [Debatte](#).
- 19.03.2025 Die Motion [25.3186](#) Katja Riem (SVP/BE) beauftragt den BR, im Anhang 2 der GSchV den Satz "Konzentration gemittelt über einen Zeitraum von 2 Wochen" durch "Konzentration gemittelt über die Vegetationsperiode, wenn PSM eingesetzt werden" zu ersetzen. Begründung: Angleichung an Qualitätsstandards der EU.
- 01.04.2025 Motion UREK-S: [25.3421](#) PFAS-Grenzwerte unter Berücksichtigung der Auswirkungen, insbesondere für die Landwirtschaft oder die Wasserversorger sachgerecht festlegen und Massnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft einleiten.
- 06.05.2025 Der NR nimmt in der Sondersession die Motion [24.4589](#) von Leo Müller (Mitte/LU) an. Die Debatte kann [hier](#) nachgelesen werden. Damit, resp. mit der geforderten Anpassung der Gewässerschutzverordnung, wird der Mechanismus, dass bei Überschreitung von stoffspezifisch festgelegten Grenzwerten die Zulassung der jeweiligen Substanz überprüft werden muss, geschwächt. Ein Grenzwert gilt nur dann für Oberflächengewässer als wiederholt und verbreitet überschritten, wenn er mindestens in 20 Prozent aller untersuchten Gewässer überschritten wird und wenn eine Verbreitung mindestens in vier von fünf aufeinanderfolgenden Jahren gemessen wird.

Bundesrat Röstli räumt in der Debatte ein, dass es um eine Abwägung zwischen Gewässerschutz und landwirtschaftlicher Produktion gehe. Siehe dazu das Infoblatt "[Pestizide: Wie hängen Gewässerüberwachung und Zulassung zusammen](#)" des Ökotoxizentrums.

07.05.2025 Der NR nimmt die Motionen [23.4289](#) und [23.4197](#) von Christine Badertscher (GPS/BE) bzw. Philipp Bregy (Mitte/VS) an. Sie verlangen ein beschleunigtes Bewilligungsverfahren für Pflanzenschutzmittel "mit Wirkstoffen mit geringen Risiken".

---

## Kantone (Auswahl)

21.01.2025 VD: Regierungsrat beantwortet eine [Interpellation zur Trockenheit auf den Alpen](#). Er verspricht Wasserbecken und Pumpen für den Zivilschutz, erwähnt aber, dass auch Ökologie und Landschaft berücksichtigt werden müssten.

18.02.2025 BL: Die Regierung publiziert eine umfassende und sehr informative Antwort auf eine [PFAS-Interpellation im Kantonsrat](#). Am 27.3. wird sie im Landrat erledigt.

27.03.2025 GR: Der WWF Graubünden und die Gemeinde Domat/Ems klagen gegen Kanton und Ems-Chemie wegen des [Aufschiebens einer Deponiesanierung](#). Sie fordern "eine konsequente Aufklärung betreffend Trichlorethylen-Belastung im Grundwasser sowie die Sanierung der Deponie".

02.04.2025 LU: Im Gebiet Rottal-Willisau-Wolhusen wollen zwölf Gemeinden die Versorgung mit Trinkwasser langfristig sichern und planen einen [Zusammenschluss](#).

---

## Weiteres

11.03.2025 [Vereinbarkeit von Wasserkraft und Biodiversität fördern:](#) Speicherkraftwerke gewinnen angesichts der Energiewende zunehmend an Bedeutung. Das häufige Ein- und Abschalten der Turbinen führt jedoch in den Fließgewässern unterhalb der Kraftwerke zu grossen Abflussschwankungen (Schwall-Sunk). Forschende der Eawag haben nun mit weiteren Partnern untersucht, wie diese die Lebensraumdynamik in Fließgewässern beeinflussen. Fazit: Die ausgeprägte Häufigkeit der künstlichen Abflussschwankungen ist ein bisher

unterschätzter Aspekt, der im Wasserkraftmanagement stärker berücksichtigt werden muss.

- 08.04.2025 [Eawag-Bericht](#) "Quaggamuschel: Monitoringkonzept und Empfehlungen zu Präventions- und Schutzmassnahmen" - im Auftrag des BAFU und der Eidgenössischen Fachkommission für biologische Sicherheit (EFBS). Durch die Kombination von Forschungsergebnissen und Praxiserfahrungen erhalten Behörden, Wasser-, Wärme- und Kälteversorgungen sowie andere Entscheidungsträgerinnen und -träger konkrete Vorschläge für den Umgang mit der invasiven Quaggamuschel in Schweizer Gewässern.
- 29.04.2025 WSL-Forschungsprogramm "Extremes": Gemäss Co-Leiterin werden aufgrund der Gletscherschmelze mehr Speicherseen in den Alpen ins Auge gefasst werden müssen für Stromproduktion und Wasserversorgung. Unter anderem könne man die neu entstehenden Gletscherseen durch den Bau von Talsperren aufstauen. Siehe [Beitrag SRF](#).

---

## EU / Ausland

- 17.02.2025 [Deutschland fehlt ein Dürremanagement](#): Wahrscheinlich werde in Zukunft weniger die Wasserverfügbarkeit das Problem sein, sondern der Umgang mit zeitlich begrenzter Dürre, sagen UFZ-Klimaforschende.
- 06.03.2025 Das Deutsche Bundesverwaltungsgericht fällt einen wegweisenden Entscheid zur Nitratbelastung. Er betrifft zwar "nur" die zwei Bundesländer Niedersachsen und NRW, hat aber Bedeutung für ganz Deutschland. Die Länder müssten mehr tun, so das Gericht, um der WRRL, insbesondere dem Verschlechterungsverbot, Nachachtung zu verschaffen. Geklagt hatte die [Deutsche Umwelthilfe DUH](#).
- 14.03.2025 [Pharmaverbände klagen gegen die EU-Abwasserrichtlinie](#), insbesondere gegen die erweiterte Herstellerverantwortung. Sie ist die Grundlage für die europaweite Finanzierung von Aufbau und Betrieb einer zusätzlichen Stufe für kommunale Kläranlagen gegen Mikroverunreinigungen.
- 20.03.2025 [DWA: Abschmelzen der Alpengletscher hat gravierende Auswirkungen auf die Wassermenge im Rhein](#). In

trockenen Sommermonaten sinke der Rheinpegel aufgrund des fehlenden Gletscherwassers um bis zu 30 cm, was zu erheblichen Störungen im Transportwesen und in der Binnenschifffahrt führe.

- 21.03.2025 Veröffentlichung des [UN-Weltwasserberichtes 2025](#) am ersten Welttag der Gletscher: auch das "Wasserschloss Schweiz" spürt zunehmend die Folgen des Klimawandels. So ist das Eisvolumen der Schweizer Gletscher seit 2000 um fast 40 Prozent geschrumpft. Auch bei uns werden Dürreperioden und Wasserengpässe in Zukunft häufiger. [Deutsche Zusammenfassung](#) (Gebirge und Gletscher als Wasserspeicher).
- 16.04.2025 Gemäss Report des Klimawandeldienstes des EU-Programms Copernicus und der Weltwetterorganisation (WMO) war 2024 das heisseste Jahr weltweit - auch in Europa. Dort war das Klima allerdings durch ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle gekennzeichnet: [Im Westen war es im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt zu nass, im Osten zu trocken.](#)
- 23.04.2025 Das Deutsche Umweltbundesamt publiziert eine Analyse: [Strategische Konzepte zur Nutzung der Wasserkraft können Zielkonflikte auflösen.](#) Nennenswerte Potenziale, um die Klimaschutzziele zu erreichen, lägen in der Modernisierung oder dem Ersatzneubau grosser Wasserkraftanlagen. Hingegen könnten in wertvollen und sensiblen Fluss- und Auenlandschaften die negativen Folgen der Wasserkraftnutzung ihren positiven Beitrag für den Klimaschutz überwiegen.
- 07.05.2025 Das EU-Parlament verlangt von der Kommission "mutigere Massnahmen zur Stärkung der Wasserresilienz". Die Wasserresilienz-Strategie soll bis im Sommer überarbeitet werden. Alle Dokumente und Links publiziert unter dem Titel "[Europas Gewässer: Herausforderungen und Lösungsansätze der EU](#)".

---

## Ausblick

In der Sommersession (ab 2.6.25) sind mehrere wasserrelevante Geschäfte traktandiert:

## Nationalrat:

Motion [24.3078](#): Aufhebung der Pflicht zur Verwendung von Digiflux für Landwirtschaftsbetriebe: Der BR lehnt die Aufhebung ab, u.a. weil Digiflux zu den Massnahmen gehöre, die den Schutz von Grund- und Oberflächengewässern gewährleisten sollen. Darauf vertrauend hätten Volk und Stände die Trinkwasserinitiative und die Pestizid-Initiative am 13. Juni 2021 abgelehnt. Es würde daher aus Sicht des BR gegen Treu und Glauben verstossen, die Beschlüsse des Parlaments nach der Abstimmung wieder rückgängig zu machen.

Motion [23.4379](#) von Werner Salzmann (SVP/BE): Anpassung des Gewässerschutzgesetzes an die praktizierte Nutztierhaltung. Aufhebung der Anschlusspflicht an die Kanalisation auch für Schaf- und Ziegenhalter.

**Ständerat:**

Motion UREK-S [25.3421](#): PFAS-Grenzwerte unter Berücksichtigung der Auswirkungen, insbesondere für die Landwirtschaft oder die Wasserversorger sachgerecht festlegen und Massnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft einleiten.

Motion [20.3052](#) von Kurt Fluri (FDP/SO): Verursacherorientierte Finanzierung der zusätzlichen Trinkwasseraufbereitungsanlagen infolge strengerer Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel.

Zwei Motionen der GPK-N zum planerischen Grundwasserschutz: [22.3873](#) Fristen für die Umsetzung der Massnahmen des planerischen Grundwasserschutzes; [22.3874](#) Klärung und Stärkung der Aufsichtsinstrumente und Interventionsmöglichkeiten des Bundes im Bereich des Grundwasserschutzes.

Motion [25.3154](#) von Johanna Gapany (FDP/FR): Das Schweizer Gewässermonitoring an dasjenige der EU angleichen.

Postulat [25.3431](#) von Maya Graf (GPS/BL): Forschung zu Risiken und nachhaltigem Umgang mit Chemikalien (Chemikaliensicherheit).

**SR und NR:**

Energiegesetz (Beschleunigungserlass) [23.051](#): Differenzbereinigung; siehe oben unter "Parlament".



## Wasser-Agenda 21

Forum Chriesbach | Überlandstrasse 133 | CH-8600 Dübendorf

Tel. +41 58 765 67 80 | [yvonne.zollinger@wa21.ch](mailto:yvonne.zollinger@wa21.ch)



Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.  
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unsere Mitteilung angemeldet haben.

[Abmelden](#) / [Profil bearbeiten](#)